

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Preis: 10 Pf. für den Abonnenten, 5 Pf. für den Einzelnen. Der Preis für den Einzelnen beträgt 10 Pf. für den Abonnenten, 5 Pf. für den Einzelnen. Der Preis für den Einzelnen beträgt 10 Pf. für den Abonnenten, 5 Pf. für den Einzelnen.



Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 257.

Donnerstag den 3. November 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Auf Grund von § 2 Abs. 2 des Versicherungsgegesetzes für Angestellte in Verbindung mit § 2 der Ausführungsverordnung vom 30. Dezember 1912 sind die Ortspreise für den Wert der Sachbezüge für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab neu festgesetzt worden.

Das Verzeichnis kann während der Geschäftszeit bei jeder Gemeindebehörde und Krankenkasse des Bezirks, sowie bei der Amtshauptmannschaft Meißen, Zimmer 12, eingesehen werden.

Meißen, am 28. Oktober 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Für Minderbemittelte.

Um den minderbemittelten alten Leuten sowie den minderbemittelten Eltern von Kindern den regelmäßigen Erwerb der ihnen zustehenden Milch zu erleichtern, beabsichtigen wir, Beihilfen zu gewähren.

Zur Beschaffung von Unterlagen für eine diesbezügliche Vorlage fordern wir diejenigen Einwohner der Stadt, die glauben, auf die Vergünstigung Anspruch erheben zu

können, auf, sich in den nächsten Tagen im Verwaltungsgebäude, Zimmer 14 in der Zeit von vormittags 9—1 Uhr zu melden. Alle erforderlichen Auskünfte sind zu erteilen, Arbeits- und Lohnbescheinigungen soweit möglich, mitzubringen.

Wilsdruff, am 1. November 1921.

Der Stadtrat.

Lichtgeld

für Oktober 1921 ist spätestens bis zum 10. d. Mts. an die Stadtkasse zu bezahlen.

Wilsdruff, am 2. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Kaufbach.

Zum sofortigen Antritt wird für die Gemeinde Kaufbach ein Gemeinbediener gesucht. Gehalt nach Uebereinkommen. Zuverlässiger älterer Mann, im Begebau erfahren, bevorzugt. Meldungen erbeten an das Gemeindeamt Kaufbach.

Kaufbach, am 2. November 1921.

Der Gemeindevorstand, Rüdtsch.

Kleine Zeitung zur eiligen Leses.

Die Vorkonferenz in Paris ließ dem deutschen Vertreter eine neue Note überreichen, in der sie auf das angebliche Eindringen landfremder Personen in Oberösterreich aufmerksam macht und die Reichsregierung für mangelnde Überwachung der Grenze verantwortlich macht.

Die Nationalbank für Deutschland und die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) haben ihre Vereinigung beschlossen.

Der drohende Streik in der Bochumer Metallindustrie wurde durch Annahme eines Schiedspruchs vermieden.

Die Tschechoslowakei hat am Ungarn ein Ultimatum gerichtet, in dem die Abdankung der Habsburger Dynastie gefordert wird.

Die Entente verlangt in einer Note an die ungarische Regierung die Proklamierung des Thronverlustes des gesamten Hauses Habsburg.

Lord George erhielt nach einer Rede über die irische Frage mit 439 gegen 43 Stimmen ein Vertrauensvotum des Unterhauses.

Halbamtlich verlautet aus London, daß die Regierungen der kleinen Entente benachrichtigt worden sind, daß die Großmächte jedes aktive Eingreifen gegen Ungarn im Augenblick ablehnen.

Der russische Rückzug

Von der Hungertatrasche im inneren Rußland ist es bei uns in den letzten Wochen immer stiller geworden; kaum daß die Kommunisten noch zu Sammlungen auffordern, um Sowjetrußland zu retten, während Unabhängige und Sozialisten diese Aufgabe denen überlassen, die sie in erster Reihe angeht, und es vorziehen, sich unseren eigenen Sorgen zuzuwenden. Unterdessen aber treten Lenin und Trotski ein, wie sie es selbst nennen, „geordnete Rückzug“ an. Einen Rückzug vom Kommunismus, wie sie ihn aufsuchen und in Rußland heimisch zu machen suchen, zum Kapitalismus, dessen Ausrottung auf der ganzen Welt von jeher als ihr Hauptziel verkündet wurde. Schon im Frühjahr begann Lenin mit der Wiederzufassung des Kapitalismus, indem er die wenigen Schätze, die Rußland noch verborgen sind, im Wege von Konzessionen an auswärtige Geschäftleute und Gesellschaften vergab. Ein Waquis, das ihm, wie begrifflich, sehr starke Anfeindungen eintrug, das er aber nun fortzusetzen gedenkt, unbekümmert um den Widerspruch, der ihm auch außerhalb Rußlands entgegensteht. Es sei eben, so lautet seine neueste Kundgebung, ein Irrtum gewesen, den schroffen Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus für möglich zu halten. Er müsse zugestehen, daß die bisherige Politik der Sowjetregierung eine schwere Niederlage erlitten habe. Man müsse sich auf einen langwierigen und komplizierten Prozeß vorbereiten und vorerst alle Aufmerksamkeit daran wenden, daß dieser Niederlage nicht eine noch schlimmere Panik auf dem Fuße folge. Was er im Sinn habe, sei ein geordneter Rückzug, und die politische Auffassung habe die Ordnung dieses Rückzuges zu übernehmen. Gewiß, ohne eine Wiederherstellung des Kapitalismus werde es nun nicht abgehen, aber je mehr Kapitalismus, desto mehr Industriearbeiterschaft, desto mehr Proletariat, während das bisherige Industrieproletariat mit der steigenden Zerstörung der Industrie verschwinden sei. Man werde also einen neuen Wettkampf zwischen kapitalistischer und proletarischer Entwicklung zu gewärtigen haben, und Aufgabe der Kommunisten werde es sein, dafür zu sorgen, daß das Proletariat dabei nicht vom Kapitalismus überholt werde. Der „letzte und entscheidende Kampf“, der geführt werden müsse, werde sich gegen die Bourgeoisie aller Länder richten. Bis jetzt hätte das Proletariat keine Erfahrung für einen solchen Kampf, der in der Geschichte noch nicht dagewesen sei. Es gelte, diese Erfahrungen zu sammeln, und das werde nicht gelingen, ohne daß jeder, sei er Bauer, sei er Arbeiter, an der Entwicklung interessiert werde. Das alles werde viel Zeit in Anspruch nehmen, vor allem aber viel praktische Arbeit erfordern. Denn wer nicht durch die Tat zeigen könne, was er vermag, dem sage der einfache Arbeiter, daß er sich zum Teufel überren solle. Durch kom-

munistische Dekrete allein lasse sich die Menschheit nicht erlösen.

So sprach Lenin zu seinem Volke. Aber auch im Verkehr mit den ausländischen Regierungen hat er sich nicht genötigt gesehen, einen Rückzug anzutreten, von dem noch nicht zu sagen ist, ob er ein „geordneter“ genannt werden kann oder nicht. Die Moslawer Regierung hat sich plötzlich entschlossen, die Vorkriegsschulden des zaristischen Reiches als rechtsgültig anzuerkennen, um daraufhin die Bitte an die Großmächte um Hilfe für Rußland zu richten. Eine sonderbare Vorkauf, wenn man weiß, daß eben diese Regierung in der Kriegsführung gegen den Kapitalismus, den russischen wie den fremdländischen, die Grundlagen ihrer ganzen Existenz gefunden hat. Man hat vier Jahre lang alle materiellen und moralischen Hilfsquellen des Reiches zerstört, um sich jetzt plötzlich zur Erfüllung umfangreicher, durch Kriegs- und Revolutionsjahre noch erheblich angeschwollener Kapital- und Zinsschulden bereitwillig zu stellen. In London findet man, daß dieses Angebot auf nichts anderes als ein Ersuchen um — neue Kredite hinausläufe. Und es ist begreiflich, daß die englische Geschäftswelt von der neuen Note Tschitscherins nichts weniger als begeistert ist. In Paris neigt man auch der Auffassung zu, diese sonderbare Anerkennung russischer Staatsschulden für wertlos zu halten, zum mindesten solange sie nicht von einem Finanzprogramm begleitet ist, das die Aufbringung der für den Schuldendienst erforderlichen Summe garantiert. Seine Anerkennung der Sowjetregierung werde sich jedoch Frankreich durch ein Geldgeschäft niemals abkaufen lassen. Es könne die bolschewistische Regierungsform unmöglich anerkennen, solange dem russischen Volk nicht die Möglichkeit gegeben sei, die Männer, von denen es regiert werden will, in voller staatsbürgerlicher Freiheit zu wählen. Auch in Washington bereit man sich, zu erklären, daß man zunächst, ehe von irgendwelchen Verhandlungen mit Lenin die Rede sein könne, drei grundlegende Forderungen zu stellen habe: 1. Aufgabe des Systems der Gewalt, des Schreckens und der Agitation im Auslande durch die Sowjets; 2. Einrichtung eines normalen politischen und wirtschaftlichen Systems in Rußland, mit dem bindende Verträge abgeschlossen werden können, und 3. Bürgschaft dafür, daß ein solches neues Regierungssystem von Dauer sein werde und daß man das Privateigentum fernerhin respektieren wolle.

Man sieht also, überall härteste Zurückhaltung gegenüber dem neuen Annäherungsversuch der Sowjetregierung, den man wohl auch in der Tat an ungezungenen als einen Schachzug auffassen kann, dazu bestimmt, dem Regiment der Sowjetmänner wieder über eine gewisse Zeitspanne hinwegzuhelfen. Denn es geht ihnen, mehr noch dem armen russischen Volke, nicht gut, gar nicht gut. Es droht der Untergang. Weichen die Weltmächte hart, so wird der „geordnete“ Rückzug Lenins sich über kurz oder lang in einen ungeordneten verwandeln müssen.

Die „Unparteiischen“

Hinter den Kulissen in Genf.

Es ist nichts so fein gesponnen... Die Wahrheit über die Grundlagen der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit, die für die Grenzziehung in Oberösterreich angeblich maßgebend sein sollten, kommt jetzt auf dem menschlich-allgemeinlichen Wege an den Tag, daß einer der erfreuten Franzosen die Fülle seiner Dankbarkeit nicht mehr im verschwiegenen Duzen bewahren kann, sondern lustig ansplaudert, was er von den Beratungen und Entschlüssen der des Völkerbundsrates Zutunes erfahren hat, wodurch wiederum wir und die neutrale Welt mit Enttäuschung, aber wohl auch große Verwunderung erfahren, welches Maß von „unparteiischer Gerechtigkeit“ bei der Urteilsfindung geberrsch hat. In der Pariser Zeitung „Figaro“ schreibt ein bekannter französischer Publizist über das Genfer Richterkollegium:

Ein Zufall, zu dem wir uns nur hochwünschen können, hat gewollt, daß in dem leitenden Komitee, das über die Grenzschleife Frage zu entscheiden hatte, Herr Cuinones de Leon, der spanische Botschafter in Paris, sah, dessen Gesichts für uns

allgemein bekannt sind. Neben ihm Herr da Cunha, ein glühender Franzosenfreund, und der Belgier des Belgien, Herr Gynans.

Damit ist die ganz einseitig französisch-polnische Voreingenommenheit des entscheidenden Kollegiums deutlich bargetan. Verschlimmert wird der Fall noch dadurch, daß auch die hinzugezogenen Sachverständigen von derselben Gesinnung beherrscht waren. Einer von ihnen, der Tscheche Hodac, hat nach den Mitteilungen eines Berliner Blattes vor Zeugen zu dem polnischen Vertreter auf der Internationalen Arbeiterkonferenz, Herrn Sosal, gesagt: „Wenn es möglich gewesen wäre, hätte ich Polen gern noch mehr gegeben.“

So also war es mit der Unparteilichkeit derjenigen bestellt, die im Namen des Völkerbundes und der Entente über das Schicksal einer deutschen Provinz zu entscheiden hatten! Die Gerechtigkeit ist der Grundstein der Staaten, sagt ein altes Sprichwort. Auf wie schwachen Füßen muß dann die Herrschaft der heutigen Herren der Welt stehen!

Polnische Drohungen.

Die Polen, nicht zufrieden mit dem Teile deutschen Landes, der ihnen zugesprochen wurde, sind jetzt wieder eifrig am Werke, nun auch über die neue Grenzlinie Unruhe und Verwirrung in das deutsche Gebiet hineinzutragen, während sie gleichzeitig, entgegen den ausdrücklichen Vorbehalten der Genfer Entscheidung, das Deutschland in dem entrissenen Lande mit den brutalsten Mitteln unterdrücken. Die unter dem Namen „Wojo wka polska“ bekannten und berüchtigten Stochtrupps sind jetzt von den Polen mit deutschen Papieren versehen worden und haben bereits ihre verbrecherische Tätigkeit in den Gebieten, welche den Deutschen zugesprochen worden sind, aufgenommen. Der Zweck dieser Geheimorganisation besteht zurzeit darin, in diesen Gebieten möglichst Unruhe herbeizuführen. Im Kreise Rybnik erhalten viele Deutsche Drohbriele, in denen ihnen eine kurze Frist (6 bis 8 Wochen) gestellt wird, um für immer zu verschwinden. Aus Loßlau wird der Abzug zahlreicher Deutschen gemeldet, die sich vor dem polnischen Terror in Sicherheit bringen. Reisende aus Plesch und Rybnik berichten, daß in den genannten Kreisen viele Hallersoldaten in Uniform eingetroffen sind.

Um die Stephanstrone.

Das Schicksal der Habsburger Dynastie.

Die durch das Abenteuer Karls von Habsburg hervorgerufenen ungarischen Wirren lassen noch keine klare Lösung erkennen. Eine neue Situation ist jetzt dadurch eingetreten, daß nunmehr die große Entente in Budapest eine Note überreicht hat, in der nicht nur die Absetzung Karls, sondern auch die Ausschließung der gesamten Habsburger Dynastie vom Throne gefordert wird. Bekanntlich versuchte Karl nach dem Scheitern seines Unternehmens die Stephanstrone wenigstens für seinen Sohn Otto zu retten. Der ungarische Ministeriat hat beschlossen, vorbehaltlich der Annahme durch die Nationalversammlung, die Forderung der Entente zu erfüllen. Die ungarische Nationalversammlung soll am Donnerstag zusammentreten. Da die Annahme der geforderten Verfassungsänderung durch das Parlament durchaus nicht sicher ist, kann der Konflikt mit der Annahme der Ententeorderungen durch den Ministeriat keineswegs als erledigt angesehen werden. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich vielmehr durch die Ausdehnung der ganzen Frage von der Person Karls auf die Dynastie und die Krone überhaupt verschärft. Eine Deputation des Karlistenvereins der katholischen Hochschüler protestierte bereits gegen den „Anspruch, der mit der Würde und der Heiligkeit der Stephanstrone getrieben werde.“

Die kleine Entente hatte schon vor der großen Entente die gleiche Forderung auf Thronverlust aller Habsburger gestellt und war ihrerseits entschlossen, ihrer Forderung durch alle Machtmittel Nachdruck zu verleihen. Die Staaten